

Die deutsche Reichsgründung durch Bismarck

1. Die Berufung Otto von Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten

Der Streit um die Heeresreform. Der neue König in Preußen, Wilhelm I. (1861-1888), hatte 1848 seinem regierenden Bruder den Einsatz von Truppen zur Niederwerfung der Revolution vorgeschlagen. Als er nun selbst die Krone trug, hielt er es für seine Hauptaufgabe, die Schlagfertigkeit des Heeres zu steigern. Die Bevölkerung Preußens war außerdem von 11 Millionen im Jahre 1811 auf 18 Millionen im Jahre 1860 angewachsen, während die Zahl der Regimenter seit 1814 nicht mehr erhöht worden war. So erschien eine Heeresreform nötig. Der König sah in einem starken aktiven Heer das beste Machtmittel der Krone. Er ließ durch seinen Kriegsminister von Roon dem Parlament ein neues Wehrgesetz vorlegen.

Die Abgeordneten, vor allem die liberale Opposition, widersetzten sich dem königlichen Plan, die Landwehr zugunsten der Linientruppen zurückzudrängen. Sie sahen nur in der Landwehr „das Volk in Waffen“. Die Linie betrachteten sie mit Recht als ein Instrument konservativer Königsmacht. Der König ließ sich nicht auf Verhandlungen ein. Er löste das widerspenstige Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus. In der neuen Volksvertretung verfügte die deutsche Fortschrittspartei, eine von den Altliberalen abgewanderte radikale Gruppe, zu der auch der große Arzt Rudolf Virchow gehörte, über eine starke Mehrheit. Das neue Parlament lehnte das ganze Wehrgesetz ab. Es gab nicht nach, denn es wußte sehr wohl, daß ein wichtiges Verfassungsrecht auf dem Spiele stand; es ging darum, sich einen Einfluß auf das Heer, das Instrument des Krieges, zu sichern. Die königlichen Minister traten zurück. Der König stand mit seinem Kriegsminister allein; er dachte schon daran abzudanken. Da fand Wilhelm I. in dem märkischen Edelmann Otto von Bismarck einen Ministerpräsidenten, der bereit war, gegen das Parlament zu kämpfen. Er berief ihn im Jahre 1862.

Otto von Bismarck, am 1. April 1815 in Schönhausen in der Altmark geboren, stammte aus altem, märkischem Adel. Die Bismarcks waren als tüchtige, aber hartköpfige Landedelleute bekannt. Auch Otto von Bismarck verleugnete sein Leben lang die Natur des preußischen Junkers nicht, der in seinem Kreise zu befehlen gewohnt und seinem Herrn und König in ritterlicher Lehenstreue ergeben war. Zugleich war er das Erbe seiner Mutter, die aus einer Gelehrten- und Beamtenfamilie stammte - feinnervig und reizbar, gewandt im Auftreten. Seine ungewöhnliche und vielseitige Begabung hob ihn über seine Standesgenossen hinaus. Er beherrschte sechs Sprachen. Seine Phantasie war so rege, daß er sofort die Lösungsmöglichkeiten einer Frage übersah, sein Verstand so scharf und klar, daß er den geeigneten Weg zum Ziel meist schnell herausfand. Bei der Durchführung seiner Pläne wußte er ebenso nachzugeben wie zäh durchzuhalten; er konnte verblüffend offen, aber auch listig und gewalttätig sein. Schwierigkeiten schreckten ihn nicht. Politische Gegner haßte er zuweilen wie persönliche Feinde und trat ihnen oft mit beißender Schärfe entgegen. So hart er im öffentlichen politischen Leben sich zeigen konnte, so herzlich und liebevoll war er innerhalb der Familie.

Nach sorgloser Studentenzeit trat der junge Bismarck in den Gerichts- und Verwaltungsdienst ein. Er hielt es nicht lange darin aus. An den gleichmäßigen, oft kleinlichen Aufgaben seiner täglichen Arbeit fand er keinen Gefallen, die Unterordnung unter Vorgesetzte behagte ihm nicht. So schied er bald aus dem Staatsdienst aus und bewirtschaftete die väterlichen Güter.

Als er 1847 zum Abgeordneten im „Vereinigten Landtag“ gewählt wurde, begann seine politische Laufbahn. 1848 stellte er sich ganz auf die Seite des Königs, er lehnte die Revolution heftig ab. Friedrich Wilhelm IV. schickte den unerschrockenen Politiker 1851 als preußischen Gesandten in den erneuerten Bundestag. Es war die erste und gleich eine bedeutende diplomatische Aufgabe, die ihm anvertraut wurde. Bismarck zeigte sich in Frankfurt schon als ein Meister des politischen Spiels. Damals reifte in ihm die Überzeugung, daß nur eine Großmacht in einem geeinten Deutschland die Führung übernehmen könne, und er war gewillt, Preußen diese Stellung zu erkämpfen.

Bevor er diese große Aufgabe in Angriff nahm, die nur auf dem Felde europäischer Politik zu lösen war, hatte er noch drei Jahre Gelegenheit, als Gesandter in Petersburg und Paris zahlreiche Staatsmänner Europas kennenzulernen. Für seine Tätigkeit als verantwortlicher Staatsmann Preußens konnten ihm diese

Bekanntschaften und Erfahrungen nur nützlich sein.

Mißachtung des Parlaments. Otto von Bismarck hielt nicht viel von den Rechten der Volksvertretung. Außerdem teilte er mit Wilhelm 1. die Überzeugung, daß das Heer als entscheidendes Instrument der Macht in Krieg und Frieden ausschließlich in der Hand des Königs zu bleiben habe. Drei Jahre lang legte er den Staatshaushalt mit den Heeresausgaben dem Abgeordnetenhaus gar nicht mehr zur Genehmigung vor. Das Herrenhaus bewilligte die Ausgaben, und das genügte ihm. Allzuviel Bedeutung maß er diesem schweren inneren Konflikt nicht bei. Die außen-politischen Aufgaben Preußens standen für ihn im Vordergrund.

2. Bismarcks preußische und europäische Politik bis zur Reichsgründung

Bismarcks konservative preußische Politik. Bismarck, der als Ministerpräsident so rücksichtslos die Rechte des Abgeordnetenhauses über-ging, fand im deutschen Volk kaum Freunde. Für das Ideal der Freiheit hatte er offensichtlich kein Verständnis. Und die Einheit Deutschlands schien er auch bewußt zu hintertreiben. Denn als ein Streit mit Dänemark ausbrach, stellte er sich gegen die Wünsche der deutschen Patrioten.

Der Krieg mit Dänemark 1864. Seit 1460 war der dänische König zugleich Herzog von Schleswig-Holstein (Personalunion). Aber die Herzog-tümer hatten die Zusiche-rung, daß sie „up ewig ungedeelt“ und in Verwaltung und Recht selbständig bleiben sollten.

Als nun um die Mitte des Jahrhunderts das dänische Königshaus im Mannesstamm ausstarb, wollte Dänemark das Herzogtum endgültig seinem Staatsverband einglie-dern. Die deutschen Einwohner drängten zum Anschluß an Deutschland. Es kam mitten im Revolutionsjahr 1848 zum Krieg. Aber auch nach einem Sieg der preußischen Truppen konnte die provisorische Reichs-regierung von Frankfurt die Angliederung nicht durchsetzen. Die europäischen Großmächte bestimmten im Londo-ner Protokoll (1852), daß die Herzogtümer zwar ihre Selbst-verwaltung behalten, aber doch dem neuen dänischen Thronerben unterstehen sollten.

1864 flammte von neuem der Widerstand in den Herzogtümern auf. Die dänische Regierung erließ eine Verfassung, in der die Einverleibung Schleswigs ausgespro-chen war. Das war ein Bruch des Londoner Protokolls. Die deutsche Öffentlichkeit war ent-rüstet und forderte die vollstän-dige Loslösung von Dänemark. Bismarck verlangte nur die Einhaltung der bisherigen Abmachungen von London. Denn er hatte bereits die möglichen Handlungen des Gegners in seine Überlegungen einbezogen. Ihm war klar, daß bei der erhitzten nationalen Leidenschaft Dänemark seinen ge-mäßigten Vor-schlag für unannehmbar halten mußte. So kam es auch. Damit setzten sich die Dä-nen offensichtlich ins Unrecht. Die eu-ropäischen Mächte konnten bei dieser Sachlage gegen einen Feldzug preußischer und österreichischer Truppen nichts ein-wenden. Er führte rasch zum Erfolg. Dänemark trat Schleswig-Holstein und das Ländchen Lau-enburg als gemeinsamen Besitz an Österreich und Preußen ab. In der Verwaltung der beiden Herzogtümer kam es bald zu ernststen Schwierigkeiten zwischen den beiden Mächten.

Ausbruch des deutschen Kriegs von 1866. Bismarck versuchte ernsthaft, mit Österreich zu einer Verständigung zu kommen, hatte aber an-dererseits in der euro-päischen Politik den Boden für eine mögliche Auseinandersetzung mit Österreich vor-bereitet. Mit der Neutralität des russi-schen Zaren konnte er sicher rechnen. Der Zar suchte sogar geradezu nach Gelegenheiten, Österreich seine Treulosigkeit während des Krim-krieges heimzuzahlen. Außerdem hatte Bismarck die Russen bei der Nie-derwerfung eines polnischen Aufstandes (1863) gegen den Willen der Westmächte und gegen die Stimmung im eigenen Lande unterstützt. Napoleon III.. Neutralität ge-gann er mit der Zusage, bei einer Vergrößerung Preußens sich auf Norddeutschland zu beschränken. Da Bismarck dessen Wunsch nach sichtbaren Erfolgen kannte, machte er ihm sehr vage Aussichten auf französi-schen Landgewinn im linksrheini-schen Gebiet. Mit Italien brachte er durch Ver-mittlung Napoleons ein kurzfristiges Bünd-nis zustande. Es durfte hoffen, nach einem preußischen Sieg Venetien zu er-halten.

Bismarck mußte sich beeilen, wenn er die günstige europäische Lage nützen wollte, um die deutsche Frage für Preußen zu lösen. Er stellte überraschend beim Frankfur-ter Bundestag den Antrag, ein deutsches Parlament durch direkte, allgemeine und gleiche Wahlen zu berufen. Der Vielvölkerstaat Österreich konnte

einen solchen Vor-schlag gar nicht annehmen. Es griff den Fehdehandschuh auf und rief die Entscheidung des Bundestages über die Zukunft Schleswig-Holsteins an. Preußen sah darin einen Bruch vertraglicher Absprachen und ließ Truppen in Holstein einmarschieren, das unter österreichischer Verwaltung stand. Als daraufhin der Bundestag die Mobil-machung des Bundesheeres gegen Preußen beschloß, trat dieses aus dem Bunde aus. Der Krieg begann (1866).

Der Kriegsverlauf. Die Planung und Heerführung auf preußischer Seite lag in den Händen des Generals Helmuth von Moltke. Er führte in drei Wochen die Ent-scheidung herbei. Den Kampf gegen die mit Österreich verbündeten Mittelstaaten überließ er wenigen Divisionen. Die Haupt-kräfte marschierten, in drei Armeen ge-teilt, nach Böhmen und schlugen vereint bei Königgrätz das österreichische Heer.

Der nüchterne Rechner Bismarck ließ sich nicht vom Machtrausch verführen; viel-mehr konnte er sich zur rechten Zeit klug mäßigen.

Der Friede. Die nächste militärische Operation wäre der preußische Angriff auf Wien gewesen. Aber gegen den heftigen Widerstand seines Königs und aller Militärs trat Bismarck bei den Beratungen in Nikolsburg für einen sofortigen Verständigungsfrie-den mit Österreich ein. Es ging ihm darum, schon im Kriege den künftigen Frieden vorzubereiten. Er wußte sehr wohl, daß Europa ein starkes Österreich nicht entbehren konnte. Er verlangte zwar von Österreich im Frieden von Prag (1866), daß es aus dem Deutschen Bund austrete, auf Schleswig-Holstein ver-zichte und Vene-tien an Ita-lien gebe. Für Preußen forderte er in Norddeutschland ein geschlossenes Staatsge-biet. Dabei nahm er freilich auf überkommene fürstliche Thronrechte keine Rücksicht. Die Fürsten von Hannover, Kurhessen und Nassau verloren Land und Herrschaft. Die freie Reichsstadt Frankfurt wurde preußisch.

Durch diese Annexionen war der Zusammenhang zwischen den östlichen und west-lichen Provinzen Preußens hergestellt. Die unter Zwang Ein-gegliederten blieben noch lange antipreußisch gesinnt.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes und der Einfluß auf Süddeutsch-land. Alle selbständig gebliebenen Staaten nördlich des Mains bildeten mit Preußen den Norddeutschen Bund, dessen Verfassung Bismarck selbst entwarf. Sie wurde 1871 als Reichsverfassung fast unverändert übernommen und galt bis 1918.

Nach dem siegreich beendeten Krieg lehnte Bismarck Napoleons Forderungen auf linksrheinisches Gebiet schroff ab. Auch hielt er sich nicht an sein gegebenes Ver-sprechen, Preußens Ausdehnung auf die Länder nördlich des Mains zu beschränken. Er schloß vielmehr mit den süddeut-schen Staaten militärische Geheimverträge ab, die für den Kriegsfall eine Waffenbrüderschaft mit Preußen vorsahen. Durch wirtschaftli-che Zu-sammenarbeit knüpfte er die Bande noch enger. In dem neu ge-schaffenen Zollparlament waren auch die süddeutschen Staaten vertreten. Viele Patrioten hofften, daß daraus bald ein deutsches „Vollparlament“ werde.

Aussöhnung mit dem Parlament. Nach dem Bruderkrieg mußte Bismarck zu-nächst einmal versuchen, bei den liberalen und nationalgesinn-ten Deutschen Sym-pathie zu gewinnen. Das war von vornherein unmöglich, solange in Preußen der Streit mit dem Parlament nicht beigelegt war. Bismarck war ein guter Menschenkenner. Er wußte sehr wohl, daß ein Volk durch nichts so leicht gewonnen werden konnte als durch Er-folge, die den Ruhm und die Ehre der Nation vergrößerten.

So trat er nach dem Sieg vor das preußische Parlament und bat den Landtag um „Indemnität“, d. h. um nachträgliche Bewilligung der Geldaus-gaben für die Heeresreform. Damit erkannte der Kanzler zwar grundsätzlich das Bewilligungsrecht des Ab-geordnetenhauses an, aber in diesem Antrag lag auch eine große Versuchung:

Das Parlament sollte um des Erfolges willen jetzt als Recht anerkennen, was vordem Unrecht gewesen war.

Ein kleiner Teil wollte den „Götzendienst des Erfolges“ nicht betreiben und lehnte die Vorlage ab. Die große Mehrheit aber stimmte dem Antrag zu. Sie schloß sich in der „Nationalliberalen Partei“ zusammen und unterstützte lange Jahre Bismarcks Politik.

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Bismarck hatte sein erstes Ziel erreicht.

Preußen war die führende Großmacht in Deutschland geworden. Wann würde es verwirklichen, was jahrhundertlang den Deutschen nicht gelungen war und was auch die Revolution des Volkes 1848 nicht geschaffen hatte: die deutsche Einheit? Unter Umständen konnte dieses zweite Ziel erst eine kommende Generation erreichen; denn der Widerstand gegen einen Großstaat in der Mitte des Erdteils war bei den europäischen Mächten sehr groß. Vor allem Frankreich befürchtete, seine führende Stellung auf dem Kontinent zu verlieren. Napoleon III. hatte Preußen ein deutliches „Halt“ an der Mainlinie zugerufen. Bismarck mußte also mit der Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges rechnen, wenn die Einheit Deutschlands Wirklichkeit werden sollte. Aber er lehnte es stets ab, den Krieg bewußt herbeizuführen.

Die spanische Thronkandidatur. Ein diplomatisches Ränkespiel im Jahre 1870 führte nun überraschend schnell zum Kriege. Die Spanier hatten in einer Revolution ihre Königin Isabella aus dem Hause Bourbon verjagt und boten die Krone dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, einem süddeutschen katholischen Verwandten König Wilhelms I., an. Als Chef des Hauses gab der preußische König nur widerstrebend seine Zustimmung; Bismarck förderte aber diesen Plan von Anfang an.

Als Frankreich von den geheim gehaltenen Verhandlungen erfuhr, erklärte die französische Regierung unmißverständlich vor der Kammer, daß sie einen Hohenzoller auf dem spanischen Thron unter keinen Umständen dulden werde. Leopold von Hohenzollern zog daher, mit der Zustimmung König Wilhelms, seine Kandidatur wieder zurück.

Nun stellte der französische Botschafter im Auftrag seiner Regierung an König Wilhelm, der in Bad Ems zur Kur weilte, die Forderung, er solle das Versprechen geben, daß er auch künftig nie mehr einer Kandidatur des Hohenzollern zustimme. Der König lehnte dieses zu weitgehende Ansinnen höflich, aber bestimmt ab. Die Vorgänge vom 13. Juli 1870 teilte er Bismarck telegraphisch mit. Dieser gab dem Telegramm aus Bad Ems eine kürzere Fassung, wodurch die Forderungen des französischen Gesandten in ihrer ganzen Schärfe hervortraten und die Zurückweisung durch den König wie ein Abbruch der Verhandlungen zu verstehen war.

Bismarck ließ die Emser Depesche in dieser abgeänderten Form veröffentlichen. Das Nationalgefühl beider Völker fühlte sich verletzt und flammte hell auf. Frankreich hatte Preußen demütigen wollen. Jetzt hatte es selbst eine diplomatische Niederlage erlitten. Es sah nur noch die Möglichkeit, die Waffen entscheiden zu lassen; am 19. Juli erklärte Frankreich den Krieg.

Der Kriegsverlauf. Die süddeutschen Staaten traten entsprechend ihren „Schutz- und Trutzbündnissen“, die sie 1866 mit Preußen abgeschlossen hatten, an die Seite des Norddeutschen Bundes. Die Planung und Durchführung des Feldzuges lag wiederum in den Händen Moltkes. Nachdem es nach einzelnen blutigen Schlachten in Lothringen gelungen war, die Hauptarmee der Franzosen in Metz einzuschließen und so ihren Abmarsch ins Innere Frankreich zu verhindern, war die Entscheidung des Feldzuges nahezu gefallen. Ein zweites französisches Heer, das zum Entsatz von Metz heranrückte, wurde bei Sedan eingeschlossen und geschlagen. Napoleon und fast die ganze Entsatzarmee gerieten in Gefangenschaft. Der Krieg gegen das kaiserliche Frankreich war zu Ende (September 1870). Die Republik wurde ausgerufen.

Jetzt aber stand das ganze französische Volk gegen die feindlichen Truppen auf. Frankreich führte einen „totalen“ Krieg, in dem alle wirtschaftlichen und militärischen Mittel des Staates zum Einsatz kamen. Die deutschen Heere lagen vor größeren und kleineren Festungen, die sich zäh verteidigten. Das eingeschlossene Paris erlag schließlich Ende Januar 1871 einer Hungersnot. Der Übergabe der Hauptstadt folgte sogleich ein allgemeiner Waffenstillstand.

Der Friedensschluß. Der Friede wurde im Mai 1871 in Frankfurt geschlossen. Frankreich mußte 5 Milliarden Francs Kriegsentschädigung zahlen, und ein Teil des Landes blieb bis zur Abzahlung von deutschen Truppen besetzt. Am schmerzlichsten empfanden die Franzosen die Abtretung des Elsaß und eines Teiles von Lothringen. Es war für die süddeutschen Staaten eine Beruhigung, die Grenze über den Rhein vorgeschoben zu wissen. Aber auch militärische Gründe sprachen für die Annektion des Länderstreifens.

Die Bevölkerung wurde nicht nach ihrem Willen gefragt. Die Politik gegenüber dem neuen „Reichsland Elsaß-Lothringen“, das sich immer zurückgesetzt fühlte, war wenig glücklich. Das Land war 20 Jahre lang im Bundesrat überhaupt nicht vertreten. Zu allem Überflus zwang man ihm 1879 einen Statthalter auf. Das Mißtrauen gegenüber den Elsäßern war so groß, daß man die Landsleute den Militärdienst außerhalb ihrer Heimat leisten ließ. Auch großzügige wirtschaftliche und kulturelle Unterstützung konnte das Land dem Reich kaum näherbringen.

Bismarcks Verhandlungen mit den deutschen Fürsten. Der Kanzler des Nord-deutschen Bundes begann seine Verhandlungen mit den deutschen Fürsten schon während des Krieges. Nach dem Sieg von Sedan war die Stimmung in allen Volksschichten und Parteien günstig, um die nationale Einheit zu verwirklichen. Trotzdem hatte Bismarck noch viele Widerstände zu überwinden. Die Liberalen in Deutschland wollten einen Einheitsstaat errichten, an den die fürstlichen Regierungen der Länder ihre Rechte abtreten sollten. Die Fürsten waren dagegen sehr dar-auf bedacht, mög-lichst wenig von ihrer Regierungsgewalt der neuen Reichsregierung zu überlassen. Vor allem Bayern und Württemberg si-cherten sich vertraglich Sonderrechte. Aber ge-schickt räumte Bismarck auch hier die Schwierigkeiten aus dem Wege. Er brachte sogar den lange widerstrebenden Bayernkönig L u d w i g II. dazu, König Wilhelm die Kaiserwürde anzutragen. Damit war zum Ausdruck gebracht, daß die deutschen Für-sten in freiem Entschluß einem der Ihren die Kaiserwürde übertrugen. Kurz darauf erschien eine Abordnung des Norddeutschen Reichstages und bat König Wilhelm ebenfalls, die Krone anzunehmen. Diese Bitte der Volksvertretung war - anders als 1849 - politisch ohne Bedeutung.

Der Widerstand des preußischen Königs. König Wilhelm fiel es wie seinem ver-storbenen Bruder außerordentlich schwer, auf den preußi-schen Königstitel zugunsten der kaiserlichen Würde zu verzichten. Ein Tagebucheintrag des Kronprinzen Fried-rich berichtet darüber:

Hauptquartier Versailles, am 17. Januar 1871

Je deutlicher sich nun aber die Konsequenzen von „Kaiser und Reich“ im Laufe der Verhand-lungen zeigten, desto aufgebrachter wurde der König. Schließlich brach er in die Worte aus, nur ein Schein-kaisertum übernehme er, nichts weiter als eine andere Bezeichnung für „Präsi-dent“; er müßte sich mit einem Major vergleichen, dem der „Charakter als Oberstleutnant“ verliehen worden sei. Nun es so weit gekommen wäre, müßte er zwar dieses Kreuz tragen, doch wollte er dafür auch der alleinige sein, weshalb er sich verbäte, daß man von ihm erwarte, der preußischen Armee eine gleiche Zu-mutung wie seiner eigenen Person zu machen; er wolle daher nichts von einem „kaiserlichen Heere“ hören, weil er wenigstens unsere Armee vor dergleichen bewahren möchte und nicht dulden könnte, daß die Truppen gar „deutsche“ Namen und Be-zeichnungen sich gefallen lassen müßten. Die Ma-rine möge die „Kaiserliche“ genannt werden. Ferner sagte er in äußerster Aufregung, er könne uns gar nicht schildern, in welcher verzweifel-ten Stimmung er sich befände, da er morgen von dem alten Preußen, an welchem er allein fest-hielt und fernerhin auch festhalten wollte, Abschied neh-men müßte.

Die Reichsgründung. Am 18. Januar 1871 wurde im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles in Gegenwart von Fürsten und Soldaten der neue deutsche Kaiser aus-ge-rufen. Bismarck< hatte durch Staatsverträge mit den fürstlichen Regierungen das Reich geschaffen. Aber er hatte auch nach Wunsch und Willen fast aller Deutschen gehandelt.

Die Reichsverfassung von 1871. Am 21. März 1871, am Tage der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages, verlieh Kaiser Wilhelm Bis-marck den Fürstentitel. Er erkannte damit die überragende Leistung des Reichsgründers an. Nach Bismarcks Vorschlag wurde die Verfassung des Norddeutschen Bundes für das Reich über-nommen.

Der Deutsche Bund von 1815 besaß nur eine schwache Gesamtregierung, er war ein Staatenbund. Im neuen Reich jedoch verzichteten die Länderregierungen auf wichtige Rechte zugunsten der übergeordneten Zentralgewalt. So war ein Bundesstaat ent-standen.

Der erbliche Präsident des Bundes, der König von Preußen, führte den Titel „Deut-scher Kaiser“.Die

Verfassung gab ihm große Machtbefugnisse. Er allein konnte mit fremden Staaten Bündnisse eingehen und Verträge schließen, Gesandte beglaubigen und ins Ausland schicken, im Namen des Reiches Krieg erklären und Frieden machen. Er ernannte und entließ die Reichsbeamten. Auch den Reichskanzler bestellte er allein. Er führte den Oberbefehl über die Flotte und im Krieg über das gesamte Heer.



Der Bund umfaßte fünfundzwanzig Einzelstaaten. Zweiundzwanzig Monarchien und drei „Freie Städte“; das „Reichsland“ Elsaß-Lothringen kam als 26. Bundesstaat hinzu.

Kaiser und Bundesfürsten waren die alleinigen Träger der Staatsgewalt. In der Reichsgesetzgebung stand dem Kaiser kein Veto zu, doch konnte er durch die preußischen Stimmen im Bundesrat einen starken Einfluß ausüben.

Der Bundesrat vereinigte die Vertreter der Länderregierungen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers. Reichsgesetze und Staatsverträge konnten ohne

seine Einwilligung nicht abgeschlossen werden. Im Bundesrat hatte Preußen 17 Stimmen, die übrigen Staaten zusammen 41. In wichtigen Fragen genügte eine Minderheit von 14 Stimmen, um das Zustandekommen eines Beschlusses zu verhindern. Aber trotzdem hatte Preußen den stärksten Einfluß auf die Entscheidungen des Bundesrates.

Der Reichstag stellte die Vertretung des Volkes dar. Seine Abgeordneten wurden in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt. Ohne seine Zustimmung konnte weder der Reichshaushalt noch ein Gesetz verabschiedet werden.

Die Stellung des Reichskanzlers. Auf die Außenpolitik des Kanzlers hatte das Parlament keinen Einfluß, weil dieser sich vor dem Abgeordnetenhaus nicht zu verantworten brauchte. Bismarck hatte sich im neuen Staat eine starke Stellung geschaffen. Er war der einzige Reichsminister und wurde vom Kaiser ernannt und entlassen ohne Mitwirkung des Bundesrates oder des Reichstages. Er hatte alle Anordnungen des Kaisers gegenzuzeichnen und übernahm dadurch die Verantwortung. Ihm waren die Staatssekretäre unterstellt, die an der Spitze der einzelnen Reichsämters standen. Auch als Reichskanzler blieb er zugleich preußischer Ministerpräsident.

Zentralgewalt und Landeshoheit. Die Länder hatten eigene Verfassungen und Parlamente. Ihr Eigenleben in Verwaltung, Recht und Kultus (= Kirche, Schule, Wissenschaft, Kunst) blieb weitgehend erhalten. Finanziell waren sie recht stark, weil ihnen alle direkten Steuern zufließen. Soweit das Reich sein Budget nicht durch Zölle und indirekte Steuern decken konnte, sprangen die Länder jeweils mit Beiträgen ein, die nach der Bevölkerungszahl errechnet wurden. Das führte

dauernd zu Spannungen zwischen dem Reich und den Ländern. Zwischen Reichsgewalt und Länderhoheit hatte Bismarck eine mittlere Lösung erstrebt. Es war nie seine Absicht gewesen, die gegliederte Vielfalt der deutschen Nation zu zerstören. Gewalttätige Vereinheitlichung, meinte er einmal, hinterlasse Stellen, „die innerlich bluten“.